

Protesttag der hessischen Zahnärzteschaft am 25. September 2024: Argumentationshilfe für Praxen

Die zahnmedizinische Versorgung ist bedroht – hier die Fakten:

- Die aktuellen Herausforderungen in den zahnärztlichen Praxen schrecken Nachwuchszahnärztinnen und -zahnärzte von der Niederlassung ab
- Ausufernde Bürokratiebelastungen binden wertvolle Behandlungszeit
- Ein dramatischer Mangel an qualifizierten Fachkräften in den Assistenzberufen schränkt die Patientenversorgung ein
- Die Budgetierung zahnärztlicher Leitungen seit dem Jahr 2022 gefährdet jahrzehntelange Präventionserfolge in der Zahnmedizin und damit die Gesundheit der Patientinnen und Patienten

Forderung 1: Wohnortnahe ambulante Versorgung stärken!

Wir Zahnärztinnen und Zahnärzte stehen mit unseren Praxisteams für eine qualitativ hochwertige zahnmedizinische Versorgung – wohnortnah und erreichbar für unsere Patientinnen und Patienten. Um diese flächendeckende, wohnortnahe und qualitativ hochwertige Versorgung dauerhaft zu erhalten, braucht es engagierte Nachwuchszahnärztinnen und -zahnärzte, die sich in eigenen Praxen niederlassen – auch im ländlichen Raum.

ABER: Zentrale Hürden und Herausforderungen machen die Niederlassung und die Berufsausübung zunehmend unattraktiv.

- Gestiegene Material-, Personal- und Energiekosten setzen Praxisinhaberinnen und -inhaber unter erheblichen wirtschaftlichen Druck. Dieser Druck wird durch die vonseiten der Gesundheitspolitik beschlossenen Sparmaßnahmen noch verschärft: Kürzungen der Punktwerte und die Wiedereinführung der Budgetierung können dazu führen, dass nicht jede zahnärztliche Leistung vollständig vergütet wird.
- Zu den steigenden wirtschaftlichen Risiken kommen Belastungen durch unausgereifte digitale Anwendungen (Telematik), die verpflichtend sind. Sie bedeuten für die Praxen bisher vor allem viel organisatorischen, finanziellen und personellen Zusatzaufwand, die Aneignung von zusätzlichem technischem Know-How und die Erfüllung hoher bürokratischer Anforderungen. Das ist Gesundheitspolitik, die keine Planungssicherheit mehr bietet.

- Fehlende Anreize, den Mehraufwand und das unternehmerische Risiko einer Selbstständigkeit auf sich zu nehmen, führen dazu, dass vor allem in ländlichen und strukturschwachen Regionen Praxisstandorte wegfallen – denn dort wird die Versorgung bisher viel stärker als in Städten und Ballungsräumen von Einzelpraxen getragen. Die derzeitigen Rahmenbedingungen der Versorgung gehen also unmittelbar zulasten der Versicherten: Sie finden möglicherweise keine zahnärztliche Praxis mehr in ihrer Nähe und können wichtige Behandlungsleistungen nicht mehr erhalten.

KURZ: Wir brauchen bessere Bedingungen und eine verlässliche Gesundheitspolitik, damit sich auch künftig junge Zahnärztinnen und Zahnärzte mit eigenen Praxen niederlassen!

Forderung 2: Weniger Bürokratie, mehr Zeit für unsere Patientinnen und Patienten!

Für zahnärztliche Praxen sind Qualitäts- und Hygienestandards eine Selbstverständlichkeit. Doch die Flut an Verwaltungsaufgaben und regulatorischen Maßnahmen ist kaum noch zu bewältigen und beschneidet den zahnärztlichen Versorgungsalltag massiv:

- 560 Punkte müssen Praxen mit Blick auf Qualitäts- und Hygienestandards erfüllen, davon 360 allein zu den Themen Hygiene, Datenschutz, Arbeitsschutz und Strahlenschutz
- Mindestens 40 relevante Gesetze, Richtlinien und Verordnungen sind zu berücksichtigen
- betriebswirtschaftlich muss sich ein Praxisinhaber um 304 zusätzliche Punkte kümmern, um Steuern, Versicherungen und Altersvorsorge im Blick zu halten
- 118 Punkte kommen zusätzlich dazu, wenn Praxisinhaberinnen und -inhaber ihre Praxis nachhaltig gestalten möchten
- Hinzu kommen zahnärztlich fachliche Themen und weitere Vorgaben, die sich zum Beispiel durch die Telematikinfrastruktur ergeben

Viele dieser Vorgaben sind überflüssig, denn sie erfüllen keinen sachlichen Zweck und führen weder zu einer Qualitätssicherung noch zu einer Verbesserung der Patientenversorgung.

Die Flut an Vorgaben schränkt die für Behandlungen zur Verfügung stehende Zeit zu Lasten der Patientinnen und Patienten immer weiter ein: Durchschnittlich sechs Stunden Bürokratiearbeit pro Woche je Inhaber + 2,5 Stunden je Mitarbeiterin/Mitarbeiter.

Dadurch ergibt sich ein durchschnittlicher Bürokratieaufwand pro Praxis von über 24 Stunden pro Woche. Auch hier sind Einzelpraxen unverhältnismäßig stark betroffen.

Wir brauchen mehr Zeit für die Behandlung unserer Patientinnen und Patienten. Dafür brauchen wir Entlastung für die Praxen, indem konsequent bürokratische Auflagen und Dokumentationspflichten abgebaut werden. Konkrete Vorschläge dafür hat die Zahnärzteschaft vorgelegt – sie müssen endlich umgesetzt werden!

Forderung 3: Fachkräfte sichern!

Zahnärztliche Praxen sind mit einem erheblichen Mangel an qualifiziertem Fachpersonal konfrontiert. Finden Praxen kein oder zu wenig Assistenzpersonal, kann die Patientenversorgung nur eingeschränkt erfolgen.

Wir möchten attraktive Bedingungen für wertvolle Fachkräfte schaffen. Dazu gehört auch, angemessene Löhne durch angemessene Vergütung zahnärztlicher Leistungen zu sichern.

Im ländlichen Raum sind die Wege zur Berufsschule oftmals sehr weit und die Fahrt dorthin mit öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine zusätzliche Herausforderung. Wir fordern deshalb den Ausbau von Online-Berufsschulunterricht für ZFA.

Forderung 4: Prävention sichern, Budgetierung abschaffen!

Die Einführung der Budgetierung zahnärztlicher Leistungen im Jahr 2022 widerspricht der erst im Juli 2021 eingeführten präventionsorientierte Parodontitistherapie: Die neue Behandlungstrecke ist nicht mehr ausfinanziert. Die Zahl der Parodontitis-Neubehandlungsfälle ist dramatisch eingebrochen – und das trotz einer weiterhin unverändert hohen Krankheitslast.

Die Volkskrankheit Parodontitis beeinflusst u. a. systemische Erkrankungen wie Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes und rheumatische Erkrankungen. Die Erbringung einer präventionsorientiert ausgerichteten Zahnheilkunde ist akut gefährdet.

Wir fordern die Aufhebung der strikten Budgetierung in der zahnmedizinischen Versorgung, insbesondere die vollständige Ausfinanzierung der Parodontitistherapie.

Die Budgetierung im zahnärztlichen Bereich hat keine sachliche Grundlage: Durch konsequente Präventionsbemühungen wurde der Anteil der vertragszahnärztlichen Leistungen an den GKV-Gesamtausgaben seit dem Jahr 2000 um ein Drittel gesenkt

(von ca. 9 % auf ca. 6 %). Fehlende Prävention führt dagegen zu hohen Folgekosten für die Solidargemeinschaft.

Wir fordern eine Rückkehr zur Präventionsorientierung in der zahnmedizinischen Versorgung.

Dafür brauchen Zahnärztinnen und Zahnärzte mit Blick auf die angemessene Versorgung ihrer Patientinnen und Patienten die erforderlichen finanziellen Mittel.